



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die internationalen Beziehungen der deutschen Arbeitgeber-, Angestellten- und Arbeiterverbände

Deutsches Reich

Berlin, 1914

Töpfer

[urn:nbn:de:hbz:466:1-82669](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-82669)

Von deutscher Seite wurde der Konferenz ein Vorschlag unterbreitet, der eine einheitliche Regelung des Unterstützungswesens innerhalb des Kreises der dem Sekretariat angeschlossenen Organisationen erstrebte. Auch von skandinavischer Seite waren Anträge gestellt worden, die indessen die internationale Unterstützung von Arbeitskämpfen in den Vordergrund rückten und des Widerspruches des deutschen Verbandes somit von vornherein sicher waren.

Die Konferenz beschloß im wesentlichen folgendes:

Das im Jahre 1907 in Stuttgart errichtete internationale Sekretariat soll bestehen bleiben. Die Kosten dafür, die bisher vom deutschen Verband allein aufgebracht waren, sollten künftig von allen Verbänden gemeinsam getragen werden. Bisher ist indessen eine Beitragsleistung zu diesem Zwecke noch nicht erfolgt.

Übertretende Mitglieder werden ohne Eintrittsgeld aufgenommen. Die bisherige Mitgliedschaft wird ihnen für den Bezug aller Unterstützungen angerechnet, die in beiden Organisationen gleichartig vorhanden sind. Anderen Unterstützungen gegenüber gilt der Übertretende als neues Mitglied und wird erst durch Erfüllung der vollen Karenzzeit bezugsberechtigt. Den Verbänden wurde empfohlen, zur näheren Regelung des Unterstützungswesens Kartellverträge abzuschließen.

Hinsichtlich der internationalen Unterstützung von Arbeitskämpfen wurde die Verpflichtung der angeschlossenen Organisationen ausgesprochen, „sich so einzurichten, daß sie ihre Lohnkämpfe mit eigenen Mitteln führen können.“ Nur bei den „schwersten und ernstesten“ Kämpfen soll die Unterstützung durch die übrigen Organisationen angerufen werden können. Die Entscheidung über die Zulässigkeit liegt beim Sekretariat, das gegebenenfalls Sammlungen einleitet, ohne indessen Mindestleistungen von den einzelnen Organisationen fordern zu können.

Die Beschlüsse des Kongresses stellen im wesentlichen nur Richtlinien für die Entwicklung der internationalen Beziehungen dar. Sie haben bisher eine Erweiterung nicht erfahren.

Dem internationalen Sekretariat waren im April 1912 die Organisationen ungelerner Arbeiter folgender acht Länder angeschlossen:

Deutschland	mit 200 000 Mitgliedern
Dänemark	28 292 „
Norwegen	25 275 „
Österreich	18 180 „
Schweden	12 000 „
Niederlande	733 „
Bulgarien	625 „
Ungarn	318 „

285 873 Mitgliedern

Über die Wirksamkeit der internationalen Vereinbarungen ist Zahlenmaterial nicht beizubringen. Eine internationale Streikunterstützung hat nach den vorliegenden Angaben nur im Jahre 1911 stattgefunden. In diesem Jahre erhielt der schwedische Fabrik- und Grobarbeiterverband eine Unterstützung von 2850 M., an der sich der deutsche Verband mit 2000 M. beteiligte.

Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands.

Der Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands wurde im Mai 1892 errichtet. Er ging aus den in der Zeit von 1883 bis 1892 gegründeten Fach- und Wanderunterstützungsvereinen hervor, die in

einem Generalausschuß eine gewisse Zentralleitung besaßen. Der Generalkommission gehört der Verband seit seiner Gründung an. Am 31. Dezember 1912 hatte er 11 733, im Durchschnitt des Jahres 1912 12 057 Mitglieder.

Die internationalen Beziehungen der Töpfer sind ziemlich loser Art. Auch war ihnen von vornherein eine gewisse Grenze gezogen. Der Grund dafür liegt darin, daß die Scheibentöpfer meist den keramischen oder Porzellanarbeiterverbänden angehören. Für die Ofentöpfer kommt als Arbeitsgebiet nur eine begrenzte Zahl von Ländern in Frage.

Schon 1873 war ein Ansat zu einer internationalen Töpferorganisation in der „Zentralvereinigung der Töpfer“ vorhanden. Sie hatte in Deutschland ihren Sitz, erstreckte sich aber auch auf Österreich, Ungarn und die Schweiz. Sie brachte es indessen nur auf einige hundert Mitglieder und ging nach wenigen Jahren ein. Über ihre Wirksamkeit war näheres nicht zu ermitteln.

Bald nach seiner Zentralisierung bemühte sich der deutsche Verband, mit den ausländischen Berufsorganisationen Beziehungen anzuknüpfen. Der 8. Deutsche Töpferkongreß beschloß die Einsetzung einer Kommission mit dem Sitz in Berlin, die mit den Berufsgenossen anderer Länder Fühlung nehmen und sich mit diesen über die Agitation auf internationalem Gebiet, die Regelung der Koksöfen- und Fensterfrage, sowie aller anderen, die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in der Tonwarenindustrie beruhenden Fragen verständigen sollte. Die Kommission wandte sich im Juni 1893 mit einem im deutschen Fachorgan „Der Töpfer“ erschienenen Aufruf an die ausländischen Organisationen und erbat sich Auskunft über folgende Fragen: 1. Umfang und Beschaffenheit der Organisation; 2. Lage des Arbeitsmarkts; 3. Aussichten für Lohnkämpfe; 4. Stellung der Behörden zur Arbeiterbewegung; 5. Höhe der deutschen Einwanderung und Organisationsverhältnisse der Eingewanderten. Die Organisationen in Dänemark, Österreich-Ungarn, der Schweiz und Rumänien beantworteten diese Umfrage. Auf Grund dieser Vorarbeiten trat im September 1894 zu Görtz eine internationale Konferenz zusammen, an der Vertreter aus Deutschland, Österreich, Ungarn, Böhmen und Dänemark teilnahmen.

Die Konferenz befaßte sich ausschließlich mit der Festlegung gegenseitiger Verpflichtungen. Die in dieser Beziehung wichtigsten Beschlüsse bezogen sich auf kostenlofe Übernahme Zugewanderter und auf gegenseitige Gewährung von Reiseunterstützung. Es wurde beschlossen:

Jedes, mit gehöriger Legitimation eines der genannten Verbände versehene Mitglied findet, im Falle es in das Gebiet eines anderen Verbandes zureist, unbedingte Aufnahme, wenn es sich sofort nach seiner Ankunft bei der ersten Zahlstelle des Verbandes seiner Branche, in dessen Gebiet es kommt, anmeldet, und im Falle es Arbeit erhält, binnen acht Tagen sich der Leitung des Ortsvereins als Mitglied vorstellt.

Jedes reisende Mitglied erhält diejenige Reiseunterstützung, welche nach den Statuten des Verbandes, in dessen Gebiet es reist, festgesetzt ist. Zu diesem Zweck hat es das Mitgliedsbuch seines Stammvereins gegen ein Mitgliedsbuch des Verbandes seines Berufs, in dessen Gebiet es zureist, in der ersten Zahlstelle, welche es berührt, umzutauschen. Von diesem Moment an wird es auch als diesem Verbandszugehörig betrachtet.

Eine Vorschrift, wonach eine bestimmte Anzahl von Wochenbeiträgen geleistet sein muß, ehe die Reiseunterstützung beansprucht werden kann, findet sich im Gegensatz

zu einigen anderen internationalen Vereinbarungen nicht. muß der Reisende, wenn er das Gebiet seines Stammverbandes verläßt, sich die „Verechthigung zur Organisation im Ausland“ von seiner Mutterorganisation bescheinigen lassen. Wodurch diese Verechthigung erworben wird, wird nicht gesagt. Jedenfalls ist die regelmäßige Beitragsleistung Voraussetzung.

Um die Übernahme von Streikarbeit durch ausländische Arbeitskräfte möglichst zu verhindern, wurde beschlossen, daß Angehörige der Vertragsorganisationen, welche auf der Reise „im Falle einer Lohnbewegung die Plätze ausstehender Kollegen einnehmen oder durch wissenschaftliches Anbieten für geringeren Lohn in Arbeit stehende Kollegen von ihren Plätzen verdrängen“, sofort aller erworbenen Rechte verlustig gehen und in keinem Verbands mehr Aufnahme finden sollen, ein Verfahren, wie es den allgemein eingehaltenen Gepflogenheiten entspricht.

Die Frage der internationalen Streikunterstützung wurde mit großer Vorsicht behandelt. Festgelegt wurde lediglich die Verpflichtung der Vertragsorganisationen, „bei Streiks, in finanzieller wie moralischer Hinsicht, solidarisch vorzugehen und alles aufzubieten, was ein Gelingen des Streiks ermöglicht“. Kämpfe, auch Abwehrstreiks, bei denen Anspruch auf Unterstützung erhoben werden soll, bedürfen der Genehmigung der Organisationen. Vor unvorsichtiger Einleitung von Lohnkämpfen wird gewarnt und auf die Notwendigkeit vorheriger Schaffung von Streikfonds hingewiesen.

Weitere Beschlüsse des Kongresses bezogen sich auf den Austausch der Fachpresse und ähnliche Maßnahmen, um die gegenseitige Verbindung aufrechtzuerhalten. Eine internationale Kommission, deren Vorort Berlin und deren Obmann ein Mitglied des deutschen Verbandes war, sollte die Vermittlungsstelle für die internationalen Beziehungen sein. Vertreten waren in ihr Töpferorganisationen aus Deutschland, Österreich-Ungarn, der Schweiz, Dänemark und Rumänien. Die entstehenden Unkosten sollten durch freiwillige Beiträge gedeckt werden.

In der skizzierten Form blieben die internationalen Beziehungen bis zum Jahre 1907 im wesentlichen bestehen. Gelegentlich der in diesem Jahre stattfindenden Generalversammlung des deutschen Verbandes trat eine internationale Konferenz zusammen, auf der außer der deutschen die Organisationen von Schweden, Österreich, Bulgarien und Ungarn vertreten waren. Ihr Ergebnis war die Errichtung eines internationalen Sekretariats mit dem Sitz in Berlin und der Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrags folgenden Wortlauts:

Die Mitglieder des österreichischen Tonarbeiterverbandes, des ungarischen Bauarbeiterverbandes (Sitz der Tonarbeiter), des keramischen Arbeiterverbandes in Bulgarien, der rumänischen Fachvereine, des schweizerischen Hafnerverbandes, der dänischen Scheibenarbeiter und Ofenseher-Fachverein Dänemark sowie des schwedischen Töpferverbandes treten ohne Gründungsbeitrag oder Beitrittsgeld in die Vertragsorganisationen ein.

Für Schweden gelten diese Bestimmungen nur für Ofenseher und Formner. Sie sind verpflichtet, den in Frage kommenden Verbänden, in dessen Lande das Mitglied arbeitet, beizutreten.

Die beitretenden Mitglieder sind verpflichtet, bis zum Tage des Übertritts ihre restierenden Beiträge in der bisherigen Organisation zu entrichten. Kommt das Mitglied seinen Verpflichtungen in der bisherigen Organisation nicht nach, so ist es als ausgeschieden zu betrachten und hat in der zuständigen Organisation neu beizutreten.

Die Anmeldungen in den Vertragsverbänden haben möglichst sofort zu geschehen, längstens aber in 14 Tagen.

Die Abmeldung muß in dem Mitgliedsbuche vermerkt sein und hat durch die zuständige Filiale oder Zentralleitung zu geschehen.

Die Gesamtdauer der Mitgliedschaft sowie die erhaltenen Unterstützungen sind in dem Mitgliedsbuche genau zu vermerken.

Die Reise- oder Wanderunterstützung wird in Bulgarien, Ungarn, Dänemark, Schweden, Schweiz und Deutschland nach den Statuten des Landes, in dem das Mitglied sich befindet, ausbezahlt.

Die Auszahlung geschieht in allen den von den jeweiligen Landesorganisationen bestimmten Zahlstellen. In Österreich erhalten die Deutschen, Dänen, Schweizer, ungarischen und bulgarischen Mitglieder die Reiseunterstützung nach den Statuten ihres bisherigen Verbandes.

Die österreichischen Mitglieder erhalten nach 52wöchentlicher Beitragsleistung ihres vorigen Verbandes in Deutschland die statutarische Erwerbslosenunterstützung, die deutschen Mitglieder erhalten in Österreich die statutarische Arbeitslosenunterstützung.

Die vorstehenden Unterstützungen steigen mit der Dauer der Mitgliedschaft nach den Statuten des Verbandes.

Die Umzugsunterstützung wird für österreichische und deutsche Mitglieder nach dem Statut des deutschen Töpferverbandes ausbezahlt. Das Eisenbahnfahrgehalt wird nach den Statuten des bisherigen Verbandes bezahlt.

Die noch gegenwärtig in der gleichen Form bestehende Vereinbarung bezieht sich nach wie vor nur auf die Reiseunterstützung. Nur zwischen den Verbänden Österreichs und Deutschlands wurden weitergehende Abmachungen getroffen. Deutsche Arbeiter können in Österreich Arbeitslosenunterstützung, österreichische in Deutschland Erwerbslosenunterstützung — die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung umfaßt — erhalten. Der Grund für diese verschiedene Behandlung liegt darin, daß der österreichische Verband noch keine Krankenunterstützung eingeführt hat, und daß die anderen Verbände sich auf die Gewährung von Reiseunterstützung auch ihren eigenen Mitgliedern gegenüber beschränken.

Über die Unterstützung von Arbeitskämpfen sind feste Vereinbarungen nicht erfolgt. Nach dem Muster anderer internationalen Vereinbarungen hat sich das Verfahren eingebürgert, daß bei Kämpfen, die von der Leitung gebilligt sind und bei denen das Sekretariat um Unterstützung angegangen wird, von letzterem Sammlungen eröffnet und von den einzelnen Organisationen je nach Stärke und Leistungsfähigkeit Beiträge entrichtet werden.

Dem internationalen Sekretariat waren gegen Ende des Jahres 1912 Organisationen aus folgenden Ländern angeschlossen:

Deutschland . . .	mit 12 175 Mitgliedern
Österreich-Ungarn und Serbien *) . . .	2 995 "
Schweden . . .	449 "
Dänemark . . .	115 "
Rumänien . . .	141 "
Schweiz . . .	103 "

Über den Umfang der aus den internationalen Vereinbarungen hervorgegangenen Leistungen konnte mangels einer von den Organisationen darüber geführten Statistik nichts ermittelt werden. Die Zahl der in den deutschen Verband übergetretenen Mitglieder ausländischer Organisationen und umgekehrt ist nicht bekannt. Eine inter-

*) Die Töpfer Österreich-Ungarns und Serbiens sind in einem Verbands zusammengeschlossen.

nationale Unterstützung von Arbeitskämpfen hat nur einmal stattgefunden: im Jahre 1911 wurde der Streik der schwedischen Töpfer mit 6705,37 M. unterstützt.

Die Veröffentlichungen des internationalen Sekretariats bestehen in einem Bericht, der alle drei Jahre im deutschen Fachblatt „Der Töpfer“ erscheint. Eine besondere internationale Zeitschrift besteht nicht.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

Der Deutsche Bergarbeiterverband wurde am 20. Oktober 1889 gegründet. Er war zunächst eine Zentralorganisation für das rheinisch-westfälische Industriegebiet. Im nächsten Jahre beschloß die im September zu Halle abgehaltene Generalversammlung, den Verband auf ganz Deutschland auszudehnen. Der Generalkommission der Gewerkschaften gehört er seit 1891 an. Am Schlusse des Jahres 1912 hatte der Verband 114 062, im Durchschnitt des gleichen Jahres 117 875 Mitglieder.

Die Anregung zu einer internationalen Verbindung der Bergarbeiterorganisationen wurde im Jahre 1889 vom englischen Bergarbeiterverband gegeben. Ihr zufolge trat — nach vorbereitenden Konferenzen in Paris und Köln — im Mai 1890 der erste internationale Kongreß der Bergarbeiter zu Solimont in Belgien zusammen. Die deutsche Organisation steckte damals noch in den ersten Anfängen ihrer Entwicklung. Demgemäß waren nur etwa 18 000 deutsche Bergleute auf jenem Kongreß vertreten, daneben rund 6000 belgische, 59 000 französische und 338 000 englische. Der Kongreß begann mit Berichten über die Organisation der Bergarbeiter in den verschiedenen Ländern, gab dann aber auch den Weg an, den alle künftigen Kongresse wandelten: er erörterte die Frage des Achtstundentags, des internationalen Streiks zur Erzielung von Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse und einige andere allgemeine Verursfragen. Im gleichen Gleiße haben sich mit mehr oder weniger Abwechslung des Programms alle späteren internationalen Bergarbeiterkongresse, die bisher alljährlich stattfanden, bewegt. Achtstundentag, Verstaatlichung der Bergwerke, internationale Regelung der Kohlenproduktion, Gewerbeaufsicht, Arbeiterschutz, Mindestlohn, internationaler Streik, Wurmkrankheit, Wahl von Arbeiterabgeordneten zu den Parlamenten u. dgl. sind Bestandteile der Tagesordnungen fast aller Kongresse gewesen. Die dazu gefaßten Beschlüsse blieben sich im wesentlichen ebenfalls gleich. So dienten diese Zusammenkünfte in erster Linie dem gegenseitigen Meinungs austausch, der sich — infolge der Gegensätze, die in der Bewertung von Organisationsformen und ihrer Betätigungsart von Anfang an zwischen den englischen Bergleuten und denen des Festlands, vor allen den deutschen und österreichischen, vorhanden waren — gewöhnlich sehr lebhaft gestaltete. Es erübrigt sich, auf jeden der 24 internationalen Kongresse, die bisher stattfanden, näher einzugehen. Sie bedeuteten für die Ausbildung internationaler Beziehungen mit greifbaren gegenseitigen Leistungen sehr wenig. Es genügt, anzuführen, was im Laufe der Jahre an gegenseitigen Beziehungen entstanden ist.

Der erste Kongreß von 1890 schuf die „Internationale Bergarbeiterföderation“. Das war nicht mehr als ein Name und blieb lange Zeit hindurch nichts anderes. Er bezeichnet auch gegenwärtig nur den äußerlichen Zusammenschluß der beteiligten Bergarbeiterorganisationen. Satzungen bestehen nicht, Beiträge werden nicht erhoben. Von

deutscher Seite wurde diese Organisationsform von vornherein als unzureichend angesehen und sehr bald die Forderung eines internationalen Sekretariats als festen Mittelpunkt der Vereinigung aufgestellt — eine Forderung, die vor allem auf den Widerstand der englischen Organisation stieß. Dieser Widerstand war um so schwerer zu brechen, als seit dem 3. Kongresse (London 1892) die Abstimmung nicht nach Nationen, sondern nach der Zahl der vertretenen Mitglieder (je 1 Stimme für 1000 Mitglieder) stattfand. Da die englische Bergarbeiterföderation bis in die jüngste Zeit mehr Mitglieder hatte als alle übrigen international vereinigten zusammen, stand das Übergewicht der Engländer von vornherein fest. Es wurde nur dadurch abgeschwächt, daß unter den englischen Bergleuten selbst verschiedene Gruppen bestanden, die in ihren Anschauungen in Einzelfragen gelegentlich von einander abwichen. Immerhin kam der Kongreß von 1892 den deutsch-österreichischen Wünschen insoweit entgegen, als er ein aus je zwei Mitgliedern der Landesorganisationen bestehendes internationales Komitee zwecks Beratung allgemeiner Verbandsangelegenheiten einzusetzen beschloß. Indessen sollte dieser Beschluß erst nach der Genehmigung der Landesverbände bedürfen. Diese Genehmigung ließ auf sich warten, und als sie schließlich erteilt wurde, erwies sich der internationale Ausschuß als im Sinne der Deutschen unzulänglich. Demzufolge wiederholten sich auf den internationalen Kongressen die deutschen Anträge auf Errichtung eines internationalen Sekretariats, ohne indessen angenommen zu werden. Das führte den deutschen Bergarbeiterverband dazu, seine fernere Teilnahme an den internationalen Veranstaltungen ernsthaft in Frage zu stellen, zumal ihm die jährliche Abhaltung von Kongressen überflüssig erschien. Bereits auf dem 6. internationalen Kongreß zu Paris 1895 hatte er sich gegen die Abhaltung von jährlichen Kongressen ausgesprochen. Seine auch später wiederholten Anträge auf Einführung größerer Zwischenräume waren indessen nicht angenommen worden. Das Nichtzustandekommen des Sekretariats steigerte seine Abneigung gegen die fernere Teilnahme. Dem 12. internationalen Kongreß (London 1901) war der deutsche und der österreichische Verband bereits ferngeblieben. Auf dem 13. Kongreß (Düsseldorf 1902) wurde die Frage des Sekretariats wieder aufgerollt, ihre Erledigung indessen einem Ausschuß überwiesen. Dieser Ausschuß kam trotz zweier Sitzungen (September 1902 in Halle und April 1903 in Brüssel) infolge des Widerstandes des englischen Verbandes zu keinem Ergebnis. Der 14. Kongreß (Brüssel 1903) begnügte sich angesichts dessen damit, die Leitung der Geschäfte der Föderation dem Sekretär des englischen Bergarbeiterverbandes zu übertragen und ihm einen internationalen Ausschuß aus je drei englischen, deutschen, österreichischen, französischen und belgischen Mitgliedern zur Seite zu stellen. Das genügte dem deutschen Verbande nicht. Auf seiner Generalversammlung zu Stadt-hagen 1904 drückte der Bergarbeiterführer Hue seine Ansicht dahin aus: „Gelingt es uns in diesem Jahre nicht, die Frage des internationalen Sekretariats zu lösen, so wollen wir auf die Bescheidung der internationalen Kongresse für längere Zeit verzichten.“

Der internationale Kongreß dieses Jahres (15.) fand im August zu Paris statt. Zum ersten Male waren auch amerikanische Bergleute vertreten, die zusammen mit dem deutschen und österreichischen Verbands für die Errichtung eines Sekretariats stimmten. Der Antrag wurde